



Enquetekommission IV

7. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

4. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Martin Vincentz (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Einsamkeit im Kontext von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

3

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 2 bis 5 siehe nöEKPr 17/87

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich zur 7. Sitzung der Enquetekommission IV willkommen. Ich begrüÙe die Mitglieder der Kommission, die anwesenden internen Sachverständigen, unsere sachverständigen Gäste sowie die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten.

Die Einladung zu dieser Sitzung ist Ihnen mit der Nr. E 17/1521 zugegangen.

Noch einige Hinweise: Herr Hax-Schoppenhorst nimmt ebenfalls per Videokonferenz an der Sitzung teil. Herr Professor Dörre steht aufgrund eines Anschlusstermins ab 11:30 Uhr nicht mehr zur Verfügung.

Gibt es von Ihrer Seite Änderungswünsche zur Tagesordnung? – Das sehe ich nicht.

Dann rufe ich auf:

Einsamkeit im Kontext von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich für Ihre heutige Teilnahme und für die uns zugesandten schriftlichen Stellungnahmen bedanken.

Zu Beginn haben Sie die Möglichkeit, ein fünfminütiges Eingangsstatement zu den Kernpunkten, die Sie vielleicht hervorheben möchten, abzugeben. Danach werden die Mitglieder der Kommission Fragen an Sie stellen. Gerne können sich im Anschluss, auch wenn das per Videoschaltung etwas schwieriger ist, die Sachverständigen untereinander noch austauschen, sollten Fragen zwischen Ihnen bestehen.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Bis auf Frau Dunschen sind uns heute alle Sachverständigen per Video zugeschaltet.

Prof. Dr. Klaus Dörre (Universität Jena, Institut für Soziologie): Vielen Dank für die Einladung. – Ich habe eine relativ umfangreiche Stellungnahme übersandt, die in fünf Minuten gar nicht vorzutragen ist. Deshalb konzentriere ich mich auf drei Gedanken.

Zunächst zum Grundverständnis von sozialer Einsamkeit, das, wie die Kommission zu Recht festgestellt hat, noch wenig erforscht ist: Ich würde soziale Einsamkeit, soziale Isolation als einen besonderen Ausdruck von Prekarität behandeln, also einen Ausdruck von instabilen Arbeits-, Sozial- und Lebenslagen, die krank machen können, aber keine Krankheit sind. Das möchte ich betonen, um festzustellen, dass man die sozialen Ursachen dieses Phänomens nicht außer Acht lassen darf und es nicht zu schnell pathologisieren darf, wenngleich die krankmachenden Effekte von sozialer Isolation überhaupt nicht zu bestreiten sind.

Ich will mich in meinen Ausführungen auf das Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit und, was nicht identisch ist, des Langzeitleistungsbezugs von ALG II beschränken und in dem Zusammenhang die Forschungsergebnisse knapp zusammenfassen.

Es liegt auf der Hand und ist inzwischen auch durch diverse Forschungen bestätigt worden, dass die Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher von ALG II dies überwiegend als einen stigmatisierten Status erfahren, der sie in die Kontrolle eines Fürsorgeprinzips bringt. Sie empfinden sich häufig als Menschen zweiter Klasse.

Entgegen den Vorurteilen, die diesen Menschen entgegengebracht werden, stellen wir ein Phänomen fest, dass wir als zirkuläre Mobilität bezeichnen. Das heißt, wir haben es in den sozialen Biografien, in den Arbeitsbiografien oft mit Wechseln aus der Erwerbslosigkeit heraus in die Maßnahme, in den vorübergehenden Job usw. zu tun, nur um am Ende dann doch wieder im Leistungsbezug zu landen bzw. gar nicht aus ihm herauszukommen. Es gibt eine große Gruppe von Menschen, die überhaupt nie aus dem Hartz-IV-Bezug gekommen ist, trotz Reduktion der Erwerbslosigkeit. Diese Menschen empfinden sich ein bisschen wie im Hamsterrad. Man tritt und tritt und tritt, nur um am Ende doch auf der Stelle zu bleiben. Diese soziale Situation ist nicht immer, aber häufig mit sozialer Isolation, Vereinsamung verbunden.

Wir beobachten bei vielen Langzeiterwerbslosen, dass die sozialen Netze poröser werden. Ich muss das mit einer Einschränkung versehen. Es gibt keinen Automatismus, also Langzeitleistungsbezug und Erwerbslosigkeit gleich poröse oder schwächer werdender soziale Netzwerke. Wir beobachten das insbesondere bei einem Typus, den wir als den „Als-ob-Erwerbslosen“ bezeichnen. Menschen tun so, wenn sie in einer Maßnahme oder anderswo sind, als seien sie noch regulär in die Gesellschaft eingebunden. Sie deuten die Maßnahme so, als sei es eine reguläre Erwerbsarbeit. In dieser Gruppe ist die soziale Scham am ausgeprägtesten. Man vertuscht die Erwerbslosigkeit selbst gegenüber Nachbarn. Da ist der Leidensdruck am größten, weil man gewissermaßen kaum noch Chancen hat, in reguläre Erwerbsarbeit zu kommen.

Da beobachten wir auch die zunehmende Isolierung am stärksten – mit dem Effekt, dass man sich vorwiegend nur noch unter seinesgleichen trifft, also mit anderen Langzeitleistungsbezieheren. Man fürchtet, selbst zum Objekt von Stigmatisierung zu werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für das Phänomen der sozialen Einsamkeit in diesem Bereich.

Man könnte sagen: Je länger man im Leistungsbezug ist, desto eher muss man Verhaltensweisen entwickeln, die einen vom Rest der Gesellschaft separieren. Man muss in einer bedrängten Situation ausharren können. Je stärker man diese verinnerlicht, desto eher wird man zum Objekt von negativen Klassifikationen. Und je eher man zum Objekt von negativen Klassifikationen wird, desto größer die Wahrscheinlichkeit von sozialer Isolation und Vereinsamung, was dann aber die Chancen erschwert, den eigenen Status wieder zu verändern.

Man kann es auch umgekehrt sehen. Ein Beispiel: Jugendliche in einer Maßnahme, die über die Leiharbeit wieder an einen Erwerbsstatus herangeführt werden können – beobachtet in einem Pilotprojekt, das Ihnen Erwerbsarbeit über Leiharbeit, Zeitarbeit bringen soll –, machen mit bis zum Schluss, bis sie feststellen, dass sie im ganzen Land mobil sein müssen. Das würde bedeuten, dass sie ihre sozialen Kontakte aufgeben müssen, und das wollen sie nicht. Am Ende der Maßnahme steigen dann fast alle wieder aus. Das zeigt die Bedeutung von Sozialkontakten.

Die Tendenz zur Vereinsamung in dem Bereich, über den ich spreche, wird zusätzlich durch zwei wichtige Kriterien beeinflusst. Das ist zum einen der Bildungsgrad. Je höher der Bildungsgrad, desto eher ist man in der Lage, sozialer Vereinsamung entgegenzuwirken. Das ist zum anderen die soziale Infrastruktur. Ist man eingebettet in helfende Netzwerke, die die Eigenständigkeit fördern, die die Stigmatisierung abschwächen, ist das ein entscheidender Punkt.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass eine wichtige Maßnahme, um sozialer Isolation entgegenzuwirken, ist, den Druck von den Schwächsten der Gesellschaft zu nehmen und beispielsweise Arbeit an der Demokratie – mit allem, was dazugehört; Tätigkeiten, die nicht unbedingt Erwerbsarbeit sind – so aufzuwerten, dass sie einen wirklichen Statuswechsel in der Gesellschaft erlaubt. Es gibt diverse Möglichkeiten der Landespolitik, dort etwas zu machen.

Das fängt bei der Arbeitsverwaltung an, die einen relativ großen Ermessensspielraum hat, wie man mit Langzeiterwerbslosen umgeht, und reicht bis zu den Chancen, die der zweite oder dritte Arbeitsmarkt bieten.

Ich möchte noch zwei zusätzliche Bemerkungen machen:

Erstens. Prekäre Beschäftigung, also unsichere Beschäftigung, erschwert es in der Regel, stabile Sozialbeziehungen aufzubauen, und zwar sowohl in den Belegschaften im Betrieb – bei Leiharbeit ist es besonders ausgeprägt, vor allem wenn sie mit Montagetätigkeiten verbunden ist – als auch am Wohnort. Das ist ein ganz wichtiger Treiber für Desintegrationseffekte und für mangelnde Einbindung in soziale Netze.

Zweitens. Man muss klar sehen – dafür sprechen viele Untersuchungen –, dass die Einbindung über die Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz eigentlich durch nichts zu ersetzen ist. Das stellen wir trotz vieler Debatten, die auch mal mit Gegenthesen operieren, immer wieder fest. Es ist eine alte Erkenntnis. Selbst Frauen in den monotonsten und sehr schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen heben insbesondere hervor, dass das, was sie an der Arbeit reizt, die Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz sind. Wenn die schlecht sind, dann ist umgekehrt auch das Betriebsklima schlecht.

Bei der Debatte über Homeoffice usw. dürfen wir nicht übersehen, dass sie in die falsche Richtung laufen würde, wenn wir soziale Eremiten erzeugen würden. Selbst bei dem wünschbaren Recht auf Arbeit im Homeoffice werden sich eher Mischformen durchsetzen, die immer wieder einen Face-to-Face-Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen ermöglichen. Das ist auch wichtig für die Partizipation, für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Claudia Dunschen (unternehmer nrw): Guten Morgen in die Runde! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung, an der wir gerne teilnehmen. – Als Spitzenverband der nordrhein-westfälischen Wirtschaft haben wir uns in unserer Stellungnahme primär darauf konzentriert, welchen Beitrag die Arbeits- und Sozialpolitik zur Vermeidung von Einsamkeit leisten kann.

Besonders betonen möchte ich, dass Arbeit wesentlich mehr ist als ein Beitrag zur sozialen Sicherung und zum Lebensunterhalt. Herr Professor Dörre führte es gerade

aus: Soziale Kontakte am Arbeitsplatz sind sehr wesentlich. – Das teilen wir explizit. Arbeit ist die Quelle von Lebenssinn, Selbstvertrauen und Zufriedenheit. Arbeit strukturiert möglicherweise weitestgehend den Alltag der Menschen und ermöglicht soziale Kontakte. In diesen Faktoren sehen wir Spielräume, um Einsamkeit zu vermeiden.

Sehr wichtig ist, dass allen Menschen die Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht wird, damit Arbeit einen Beitrag zur Vermeidung von Einsamkeit leisten kann. In dem Zusammenhang sehen wir mehrere Handlungsfelder, in denen die Rahmenbedingungen verbessert werden müssten.

Dazu möchte ich den Bereich der Bildungspolitik ansprechen. Eine gute Bildungspolitik, die eine Kernaufgabe des Landes ist, ist sehr wichtig, um Armut zu vermeiden. Der Zugang zu Bildung ist eine der wesentlichen Weichenstellungen, um später positiv und erfolgreich im Arbeitsleben und im Arbeitsalltag Fuß fassen zu können. Wir sehen eine gute Bildungspolitik auch – das möchte ich ausdrücklich erwähnen – als eine der frühen Weichenstellungen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg an.

Wie eben ausgeführt müssen bestimmte Themenbereiche, Rahmenbedingungen noch verbessert werden, um die Integration in Arbeit zu ermöglichen. Gerade die flexiblen Beschäftigungsformen können einen guten Beitrag zur Teilhabe am Arbeitsleben leisten. Der eine oder andere mag es als prekäre Beschäftigung bezeichnen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Zeitarbeit, befristete Tätigkeiten, auch die Teilzeitbeschäftigung geringqualifizierter Personen oder von Langzeitarbeitslosen Einstiegschancen senken können, also als Brücke in den Arbeitsmarkt verstanden werden können. Wie gesagt, wir führen unsere Ausführungen hier aus unter der Maßgabe: Wir müssen Integration in Arbeit ermöglichen, denn Arbeit kann vor Einsamkeit schützen.

Ein weiterer Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ausführen möchte – das ist mir ein Herzensanliegen –, sind die Chancen der Integration von Alleinerziehenden. Alleinerziehende Mütter und Väter sind oftmals von Arbeitslosigkeit betroffen. Um dem entgegenwirken zu können, ist ein verlässliches Kinderbetreuungsangebot in diesem Land wichtig, das auch Betreuung am Wochenende oder in Randzeiten ermöglicht. Mir ist sehr bewusst, dass das nicht populär ist. Aber ich möchte an alle Entscheidungsträger appellieren: Die Teilhabe von alleinerziehenden Personen am Arbeitsmarkt darf am Ende des Tages nicht an der fehlenden Kinderbetreuung scheitern.

Darüber hinaus möchten wir auch an die Eigenverantwortung von arbeitslosen Menschen appellieren. Wir stehen zu den Grundsätzen des Förderns und Forderns in der Arbeitsmarktpolitik. Von den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik fordern wir ganz klar ein, den Menschen mit passenden Angeboten zu begegnen, um Vermittlungshemmnisse aus dem Weg räumen zu können. Auf der anderen Seite fordern wir von den betroffenen Personen eine Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme und genauso eine Bereitschaft, an den offerierten Maßnahmen, sei es zur Stärkung der Qualifikation, sei es zur Bildung, teilzunehmen.

Für die nordrhein-westfälische Wirtschaft möchte ich darüber hinaus anführen: Die Wirtschaft und die Arbeitgeber selber leisten Beiträge zur Teilhabe und Integration, indem sie zum Beispiel Mitarbeiter in schwierigen Lebenslagen unterstützen. Ich nenne Angebote der psychosozialen Beratung in Unternehmen oder Betriebssport-

gruppen. Darüber wird Teilhabe geschaffen. Menschen kommen zusammen, was zur Vermeidung von Einsamkeit beitragen kann. Es können Therapeuten oder Kliniken vermittelt werden. Das Angebot der Arbeitgeber ist vielfältig und bunt gefasst, aber natürlich nur in einem begrenzten Rahmen möglich. Da, wo der Arbeitgeber unterstützen kann und das im Rahmen seiner Möglichkeiten liegt, macht er es gerne. Aber auf das Freizeitverhalten einer Person hat er keinen Einfluss, was sicherlich auch nicht gewollt ist.

An dieser Stelle muss ich allerdings an die Selbstfürsorge der Menschen appellieren. Jeder Mensch ist auch selber dafür zuständig und verantwortlich, sein Leben so zu gestalten, dass er sich vor Einsamkeit schützt, wenn er Einsamkeit als Mangel für sich wahrnimmt.

Prof. Dr. Martin Kronauer (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank für die Einladung, zu Ihnen zu sprechen. – Ich kann direkt an meine Vorrednerin und an meinen Vorredner anschließen. Es ist wichtig, zwei Aspekte bei unserem Thema zu unterscheiden, zum einen die Einsamkeit als eine subjektive Empfindung, zum anderen die Vereinzelung, also die Reichweite und Tragfähigkeit sozialer Beziehungskreise. Der Kollege Dörr hat schon darauf hingewiesen, dass diese in der Gesellschaft ungleich verteilt und in starkem Maße von der Stellung im Erwerbsleben beeinflusst sind.

Gefühle der Einsamkeit verstärken sich mit zunehmender Prekarität von Erwerbsarbeit, also zunehmender Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen und zunehmender Arbeitsunzufriedenheit. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt. Gleichzeitig verengen sich mit zunehmender Prekarität die Reichweite und die Tragfähigkeit sozialer Netze. Deshalb ist es notwendig, an der Prekarität der Erwerbsarbeit anzusetzen und an einer Stärkung der sozialen Netze zu arbeiten.

Ich möchte drei Punkte erwähnen, bei denen meines Erachtens eine besondere politische Verantwortung der Länder und der Kommunen liegt:

Der erste Punkt – da schließe ich an meine Vorrednerin an – ist Bildung. Die Stärkung sozialer Netze ist bereits eine zentrale Aufgabe vor dem Eintritt ins Erwerbsleben. Wir wissen aus der internationalen Forschung, dass soziale Mischung in den Schulen eine zentrale Bedeutung für den Lernerfolg hat. Der sozialen Mischung in den Schulen steht die sozialräumliche Segregation in den Städten entgegen, die sich wiederum in einer sozialen Segregation in den Schulen niederschlägt. Die sozialräumliche Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in bestimmten Quartieren hat also Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Schülerschaft. Hier muss eine konzertierte Aktion von Ländern und Kommunen ansetzen, und zwar mit der besonderen Förderung von Schulen gerade in Quartieren mit einem hohen Anteil an einkommensschwachen Haushalten, damit diese Schulen auch für Mittelklassehaushalte attraktiv werden oder attraktiv bleiben.

Andererseits kann eine soziale Mischung im Quartier dadurch gewährleistet werden, dass marktferner Wohnraum gefördert und bereitgestellt wird, damit auch einkommensschwache Haushalte in den Quartieren leben und die Schule nutzen können. Das

ist ein entscheidender Weg zur Stärkung sozialer Bindungen, gerade mit Blick auf den Schulerfolg. Wir müssen die soziale Mischung im Quartier und damit auch in den Schulen stärken.

Zweitens. Es geht bei der Arbeitsmarktpolitik, die die Prekarität von Erwerbsarbeit überwinden will, nicht allein um die Förderung von Individuen. Wir wissen, dass es Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, also in ungewollter Teilzeitarbeit, in Leiharbeit, in befristeter Beschäftigung, in Deutschland besonders schwer haben, in Vollzeitbeschäftigung und in sogenannte Normalarbeitsverhältnisse überzugehen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass für diese Mitarbeiter in den Betrieben besonders wenig Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Es geht nicht darum, einfach jede Beschäftigung zu fördern, sondern es geht darum, auch Beschäftigung in nichtprekären Arbeitsverhältnissen zu fördern. Da steht die Politik in besonderer Weise in Verantwortung, gerade was den öffentlichen Sektor betrifft. Denn gerade im öffentlichen Sektor der sozialen Dienstleistungen und Infrastruktur – das hat die Coronapandemie besonders gezeigt – haben Sparkurse und Privatisierungen destruktive soziale Folgen nach sich gezogen. Hier muss unbedingt eine Umsteuerung stattfinden.

Drittens. Es geht auch und gerade um die Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklungsmöglichkeiten für geringqualifizierte Arbeitskräfte. Hier kommt ebenfalls eine besondere politische Verantwortung von Land und Kommunen ins Spiel, nämlich als eine Aufgabe von Industriepolitik.

Hierzu möchte ich auf einen Befund aus der Stadtforschung hinweisen. Die Polarisierung von Einkommen und die Polarisierung von Beschäftigungsverhältnissen fällt in den Städten am stärksten aus, in denen die Dienstleistungsbeschäftigung zunimmt und die industrielle Beschäftigung abnimmt. Das hat etwas mit dem höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad und höherer Tarifbindung gerade von industrieller Beschäftigung zu tun. Derzeit lässt sich in einer Reihe von Städten aber auch eine Tendenz zur Rückkehr von Produktion in die Stadt beobachten, und zwar sowohl im Hightech- wie auch im Lowtech-Bereich. Es ist besonders wichtig, gerade diese Entwicklung, diese Tendenzen zu fördern, und zwar aus verteilungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen. Denn hier entstehen Arbeitsplätze auch für ungelernte Arbeitskräfte.

Die Digitalisierung ist ebenfalls keine Einbahnstraße. Es gibt unterschiedliche Entwicklungsgrade. In der Tat besteht die Möglichkeit, geringqualifizierte Arbeitskräfte in die Entwicklung von digitalisierter Arbeit einzubeziehen. Ich denke, der Aspekt ist gerade in Nordrhein-Westfalen besonders wichtig.

Prof. Dr. Markus Promberger (IAB der Bundesagentur für Arbeit): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. – Man kann sehr lange über das Thema sprechen. Ich möchte mich, um in dem Fünfminutenrahmen zu bleiben, auf ein paar Thesen beschränken.

Ich beginne damit: Einsamkeit ist ein subjektives Gefühl. Dieses Gefühl ist wie alle Gefühle sozial und kulturell gerahmt, aber nicht vollständig bestimmt und auch nicht direkt durch gesellschaftliche Prozesse verursacht. Man muss sich also ein bisschen

von dem Gedanken frei machen, Einsamkeit sei direkt eine Folge von Krankheit, Erwerbslosigkeit oder was auch immer. Das ist damit assoziiert, aber das bedeutet politisch vermutlich etwas anderes.

Einsamkeit heißt nicht unbedingt, dass man keine Sozialbeziehungen oder keine sozialen Nahbeziehungen hat, aber man empfindet sie zumindest quantitativ oder qualitativ als mangelhaft oder als nicht hinreichend erfüllend. Dafür gibt es weniger soziologische, wohl aber viele psychologische Kriterien. Es ist also zum Teil ein Problem von Persönlichkeit und Psychologie. Das müssen wir durchaus anerkennen, auch wenn wir Soziologen sind.

Das Leben in einem Einpersonenhaushalt, das man gelegentlich als statistischen Indikator für Einsamkeit benutzt, ist nicht unbedingt mit Einsamkeit gleichzusetzen. Es gibt viele Menschen, die in Einpersonenhaushalten leben, die keineswegs einsam sind. Die haben vielleicht sogar Intimbeziehungen, Paarbeziehungen, leben aber nicht zusammen. Insofern und damit im Zusammenhang lässt sich Einsamkeit nicht ausschließlich oder vorrangig als Armut an Sozialbeziehungen oder Mangel an Sozialkapital operationalisieren oder messen. Armut ist mehr. Armut hat einen starken personenbezogenen Faktor. Das heißt, man muss den Mangel auch als solchen empfinden, man muss darunter leiden und keine eigenen Möglichkeiten der Abhilfe sehen.

Einsamkeit ist assoziiert – wohlgemerkt: assoziiert, nicht bestimmt – mit hohem Alter, mit chronischen, psychischen und physischen Erkrankungen, mit Depressionen, Mobilitätsbehinderungen und damit verbundenen Kontakteinschränkungen, mit Demenz. Ich sage bewusst „assoziiert“, denn es ist keineswegs klar, ob die Krankheit zur Einsamkeit führt oder die Einsamkeit zur Krankheit.

Einsamkeit kann im Rahmen klassischer Gesellschaftstheorien als Folge von Modernisierungsprozessen gesehen werden, bei denen sich traditionelle gemeinschaftliche Strukturen auflösen. Das ist gut und schön. Dagegen ist aber einzuwenden, dass diese Strukturen nicht immer unbedingt gut waren; denken wir an patriarchale oder feudale Herrschaftszusammenhänge beispielsweise in Dörfern oder in Familien.

Zweitens ist einzuwenden, dass im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse auch neue Formen der Vergemeinschaftung entstanden sind und immer noch entstehen. Wir nennen das heute Zivilgesellschaft. Klar, die ist sozial selektiv, aber es gibt durchaus Beispiele dafür, wie sich Menschen in schlechten Lebenslagen selbst organisieren und gegenseitig unterstützen.

Einsamkeit kann zusammenhängen mit Phänomenen wie Multiple Job Holding, mit häufigem Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel, mit prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Sozialleistungsbezug, woraus sich auch die arbeitspolitische Relevanz des Themas begründet, wenn ich das so sagen darf.

Gleichwohl zäumt das Thema das Pferd womöglich von hinten auf. Denn aus meiner Sicht bildet Einsamkeit gewissermaßen das mögliche Ende einer verzweigten Kette von Strukturen und Entwicklungen. Zum Beispiel kann Einsamkeit eine mögliche Spätfolge von langanhaltender Arbeitslosigkeit oder Sozialleistungsbezug sein, von Lebenskrisen oder Gesundheitsproblemen, die möglicherweise ihrerseits wieder mit langanhaltender Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Somit würde ich arbeits- und

sozialpolitisch in dieser Kette einfach wesentlich weiter vorne anfangen und die arbeits- und arbeitsmarktbezogenen Faktoren, vielleicht auch weiterhin die sozialpolitischen Faktoren für Einsamkeit verringern.

Was lässt sich vor diesem Hintergrund empfehlen? An dem Punkt schließe ich mit Sicherheit an meine Vorrednerin und meine Vorredner an. Ich nenne eine vernünftige Mindestlohnpolitik, eine geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose, die stigmatisierungsfrei soziale Kontakte im Betrieb ermöglicht, gewissermaßen den zweiten sozialen Nahbereich „Betrieb“ erschließt, den Umbau oder Abbau von Arbeitsplätzen mit negativen psychosozialen Gesundheitswirkungen, die zum Beispiel durch Monotonie, durch Isolation, durch Nacht- und Schichtarbeit und solche Dinge entstehen, sowie – ganz wichtig – nachholende Bildung, Job Enrichment. Das heißt: Müssen wir die Jobs unbedingt so schneiden, dass jemand sieben oder acht Stunden alleine im Kabinett sitzt, oder kann man das auch anders organisieren? Ganz wichtig sind auch die Erhöhung von Jobstabilität und die Verringerung von prekären Komponenten in Beschäftigungsverhältnissen.

Man sollte dies allerdings nicht unbedingt oder vorrangig mit Einsamkeitsproblemen begründen, die nur jeweils auf einen kleineren Teil der Betroffenen zutreffen, sondern mit den vorrangigen Problemen von prekären Erwerbs- und Lebenslagen, schlechten Arbeitsbedingungen und Bildungsnachteilen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich bedanke mich für Ihre Eingangsstatements und bitte nun um Fragen.

Thomas Hax-Schoppenhorst (Sachverständiger EK IV): Ich bitte um Nachsicht, die Videozuschaltung hat nicht funktioniert. Ich bin jetzt telefonisch mit Ihnen verbunden.

Frau Dunschen, Sie haben in Ihren Ausführungen eine psychosoziale Beratung in Betrieben erwähnt. Sehen Sie das ebenso kritisch oder problematisch? Durch wen ist sie installiert? Wer begleitet sie? Ist sie anonym genug? Meine Frage zielt darauf ab, ob Sie auch die Zugangsbarriere sehen bzw. das Problem, sich in innerbetrieblicher Nähe zu offenbaren.

Angela Lück (SPD): Im Namen der SPD-Fraktion danke ich den Experten, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. – Herr Professor Dörre, wie kann die von Ihnen beschriebene soziale Grundsicherung ausgestaltet werden? Wie stellen Sie sich eine bedingungslose Grundzeit im Ehrenamt vor?

Zu Ihren Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung und flexibleren Arbeitszeiteinteilung: Sie sprechen von einem „Balanceimperialismus“ und sehen eine Ausweitung der Fremdbestimmtheit auch in der Freizeit. Können Sie das bitte noch einmal ausführen? Wären derartige Arbeitszeitregelungen nicht die Grundlage für soziale Vernetzung und Kontakte auch in der Freizeit?

Meine Frage an alle Experten ist: Sie haben in Ihren Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass Einsamkeit eigentlich eine Auswirkung von prekärer Beschäftigung, Armut und negativen Lebensereignissen ist. Gibt es nicht auch Einsamkeit bei Menschen mit

einem hohen Bildungsgrad, bei gut situierten Menschen? Vielleicht gibt es Einsamkeit sogar unter denen, die man als höhere Klasse der Gesellschaft bezeichnen würde. Auf welche Gründe würden Sie das zurückführen?

Stephen Paul (FDP): Danke an die Sachverständigen auch im Namen der FDP-Fraktion. – Ich möchte gerne erstens unternehmer nrw ansprechen, weil hier der Überblick über die Mitgliedsbetriebe besteht. Bei Homeoffice und Onlinearbeit fällt die Kaffeepause oder Teepause weg, die man im Betrieb hatte. Man steht mal zusammen im Sozialraum, in der Küche, in der Lounge und kommt zwischendurch ins Gespräch. Es ist nicht nur, aber auch für alleinlebende Menschen ein wichtiges soziales Ereignis, die Kollegen am Tag zu treffen. Das findet in der Weise nicht mehr statt. Welche Modelle oder Gedanken haben einzelne Betriebe entwickelt, gerne beispielhaft, um das wenigstens ein bisschen auszugleichen? Gibt es jetzt digitale Kaffeepausen? Vielleicht sind da ganz neue Ideen entstanden, dass man sich alternativ begegnet, auf welchen Wegen und bei welchen Gelegenheiten auch immer. Da gibt es sicherlich Ansätze.

Zweitens möchte ich gerne das IAB ansprechen. Gerade für Solo-Selbstständige und Freiberufler – davon ist auch in der Stellungnahme die Rede – könnten Shared Workspaces, also Gemeinschaftsbüros, in denen sich verschiedene Selbstständige begegnen, auch ein gewisser Ausgleich sein. Wie könnte man so etwas organisieren? Es gibt bereits viele privatwirtschaftliche Coworking Spaces, Shared Workspaces. Würden Sie auch weitergehen und sagen, das sollte man öffentlich anbieten? Das wäre ja durchaus denkbar. Man müsste einmal ordnungspolitisch über kommunal organisierte Shared Workspaces diskutieren. Vielleicht könnten sich die Sparkassen oder andere Institutionen vermehrt engagieren, um solche Räume zu schaffen. Welche Überlegungen gibt es dazu bereits beim IAB?

Britta Oellers (CDU): Auch im Namen der CDU-Fraktion darf ich mich herzlich bei den Experten für die Ausführungen und die schriftlichen Stellungnahmen bedanken.

Herr Professor Dörre, Sie haben berichtet, dass einige Menschen in Maßnahmen bis zum Schluss dabei sind, aber dann, wenn es darauf ankommt, mobil zu sein, abbrechen. Jetzt sind wir wieder im prekären Bereich; das schließt ein bisschen an die Ausführungen von Frau Lück an. In vielen Berufen muss man mobil sein und ist nicht nur an einem Ort tätig. Gilt das für diese Berufe dann auch? Gerade die Menschen, die in Maßnahmen sind, haben doch eher einen eingeschränkten Radius. Sie werden in der Regel im Umkreis eingesetzt und müssen, wenn sie aus Düsseldorf kommen, nicht eine Maßnahme in München absolvieren. Kommt das so häufig vor? Das ist mir ein bisschen fremd. Können Sie das noch einmal erläutern?

Für mich ist auch wichtig: Sie haben das Homeoffice genannt. Da kann man verschiedene Möglichkeiten aufzeigen. Das reine Homeoffice führt gegebenenfalls zu Einsamkeit, wie wir es jetzt in der Pandemie feststellen konnten. Es gibt Mischformen. Können Sie uns etwas mit auf den Weg geben, auf das wir politisch achten müssen, dass wir nicht nur ein Recht auf Homeoffice festschreiben, sondern das weiter fassen?

Frau Dunschen, Sie haben angesprochen, dass Unternehmen auch viele Möglichkeiten für den Freizeitbereich anbieten. Ich kenne Betriebssportgemeinschaften in

größeren Firmen; Sie haben es vorhin erläutert. Ziehen sich aber nicht aktuell gerade größere Betriebe aus diesen Bereichen wiederum zurück? In sehr großen Unternehmen war es früher Tradition, dass sie Chöre hatten, größere Sportgruppen, Wandergruppen usw. angeboten haben. Für einen Einzelunternehmer ist das natürlich schwerer. Bekommt man nicht eher die Rückmeldung, dass bei dieser wichtigen Komponente mittlerweile zuerst gespart wird? Oder liegt es daran, dass sich die Menschen in diesem Bereich gar nicht mehr nach der Arbeit treffen möchten, sondern lieber individuell etwas anderes unternehmen? Wie ist da die Erkenntnis?

Dann haben Sie angegeben, dass für Alleinerziehende die Betreuung der Kinder wichtig ist. Aktuell sind im KiBiz Dinge eingeplant worden. Reicht Ihnen das nicht aus?

Herr Professor Kronauer, Sie haben eine Umsteuerung angesprochen. Ich habe das jetzt auf den kommunalen Bereich bezogen, dass man auf den öffentlichen Dienst gucken sollte. Was meinen Sie da konkret? Können Sie das noch ein bisschen näher ausführen?

Dr. Susanne Bücker (Sachverständige EK IV): Herr Professor Dörre, Sie sprechen von der Prekarisierung der Arbeit. Damit einhergehend wird häufig eine entgrenzte Arbeit diskutiert, die nicht unbedingt prekär sein muss, aber sicherlich sein kann. Ist diese Entgrenzung der Arbeit, das heißt die Vermischung von formellen und informellen Beziehungen, eine Chance für die Sozialintegration oder eher eine Gefahr? Oder kann man das gar nicht pauschal beantworten, sondern muss hier differenziert auf Beziehungen am Arbeitsplatz und außerhalb des Arbeitsplatzes schauen? Wie ist Ihre Position dazu?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Meine beiden Fragen richten sich an Herrn Professor Promberger und an Herrn Professor Dörre. Sie haben das initial schon ein bisschen ausgeführt, aber es würde mich im Detail interessieren. Arbeitslosigkeit und riskantes Gesundheitsverhalten sind in der Gesundheitsprävention leider sehr eng miteinander verwoben. Welche weiteren Möglichkeiten gibt es, um das ein bisschen aufzubrechen? Wie könnte man dieses riskante Gesundheitsverhalten aus wissenschaftlicher Sicht beeinflussen?

Ein zweiter Komplex, der noch wenig Beachtung gefunden hat, der hier aber sehr gut hineinpasst, ist die Verrentung. Sehr viele Menschen freuen sich, irgendwann in Rente zu gehen. Wenn sie dann in Rente sind, ist Ihnen, glaube ich, gar nicht bewusst, was damit sozial alles einhergeht, welche Veränderungen das für das eigene Leben und die Tagesstruktur, das soziale Miteinander etc. bedeutet. Wie ist da der Stand der Forschung? Mit welchen Konzepten lässt sich der Übergang vom Arbeitsleben in die Rente, auch was Sozialverbindungen etc. angeht, besser gestalten?

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Mit Ihrem Einverständnis möchte ich von dem üblichen Prozedere abweichen und zuerst wiederum Herrn Professor Dörre aufrufen, der gleich noch einen weiteren Termin hat, damit er sich zu den Fragen äußern kann. Sonst gehen wir nach der ersten Runde immer einmal in umgekehrter Reihenfolge vor.

Prof. Dr. Klaus Dörre (Universität Jena, Institut für Soziologie): Vielen Dank für die Rücksichtnahme auf meine Terminfülle. – Da sind wir auch schon gleich beim Thema. Selbstverständlich kann es Effekte der sozialen Isolierung und Einsamkeitsgefühle auch bei hochqualifizierten, gutverdienenden Menschen geben. Das ist gar keine Frage. Das hat dann aber völlig andere Ursachen als im Bereich der Langzeitleistungsbezieher, Langzeiterwerbslosen usw.

Aus meiner Sicht hängen Probleme im Bereich der Hochqualifizierten, der Gutverdienenden mit dem Stichwort zusammen, das ich in der Stellungnahme als „Balanceimperialismus“ bezeichnet habe. Damit ist gemeint, dass die Zwänge der Erwerbsarbeit, die aus einer flexiblen Erwerbsarbeit resultieren, die mit dem Entgrenzungsphänomen zusammenhängen, tatsächlich alle anderen Tätigkeiten, sowohl die frei gewählten Tätigkeiten wie Hobbys als auch die unbezahlten Sorgearbeiten usw., derart strukturieren und beeinflussen, dass immer mehr Steuerungsarbeit notwendig wird, um die verschiedenen Lebensbereiche überhaupt noch zu koordinieren. Die Steuerungsarbeit saugt dann Energie ab und auf.

Das kann unter anderem, wenn wir uns die Arbeitszeiten im Bereich der Hochqualifizierten anschauen – sie haben zum Teil 60, 70 Wochenarbeitsstunden –, zu der Unfähigkeit führen, abschalten zu können. Das wiederum kann fast so etwas wie eine Art soziale Verwahrlosung nach sich ziehen, weil man einfach nicht mehr die Zeit hat oder aufbringt oder nicht aufbringen will, eigene Sozialbeziehungen zu pflegen. Das muss man klar so sehen. Das ist eine wichtige Symptomatik.

Die hängt dann wieder mit dem Stichwort „bedingungslose Grundzeit für alle“ zusammen, wie ich auch in der Expertise angeführt habe. Der Begriff stammt nicht von mir, sondern von Claus Schäfer, ehemals WSI, einem gewerkschaftsnahen Forschungsinstitut. Claus Schäfer hat diesen Vorschlag mit Blick auf die sehr blockierte Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen gemacht. Eines der Probleme des bedingungslosen Grundeinkommens ist – neben vielen anderen –, dass es zwar einen Statuswechsel aus der Erwerbsarbeit heraus erlaubt, aber keine Basis ist, um wieder zurückzukommen, insbesondere wenn man im prekären Sektor steckt.

Eine bedingungslose Grundzeit für alle würde bedeuten, dass man, egal welche Tätigkeit man über einen gewissen Zeitraum hinweg ausgeübt hat, die Option bekommt, für eine bestimmte Dauer grundfinanziert eine andere Tätigkeit zu wählen. Das geht ein bisschen in die Richtung der Bildungskarenzzeit, wie es sie in Österreich gibt, wo man beispielsweise das erste Studienjahr mit mindestens 60 % des letzten Netto finanziert bekommt. Aber es wäre umfassender gedacht. Der Grundgedanke wäre auch hier, dass man, wenn man etwa im Status des Leistungsbezugs über eine bestimmte Dauer hinweg eine Tätigkeit verrichtet hat, dann eine Option bekommt, etwas ganz anderes machen zu können.

Das würde zum Beispiel bedeuten, dass man eine Tätigkeit, die ich „Arbeit an der Demokratie“ oder „Arbeit an der Gesellschaft“ nenne, ausübt. Das reicht vom Fußballtrainer eines Freizeitklubs bis hin zu vielem anderen, was man sich vorstellen kann. Es geht um eine Tätigkeit in der Lebenshilfe, der man sinnvoll nachgehen kann und die wirklich mit einem Statuswechsel verbunden ist. Das ist der Grundgedanke dabei.

Das berührt den nächsten Punkt: Wie kann eine vernünftige Grundsicherung aussehen? – Aus meiner Sicht muss sie ein Recht sein. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied zum Fürsorgestatus. Wenn ich dauernd nachweisen muss oder soll, dass ich die Grundsicherung auch verdiene, dann bewege ich mich, ob ich das will oder nicht, unter der Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität, die unsichtbar durch unsere Gesellschaft verläuft. Deshalb muss hier eine Grundsicherung her, die ein Rechtsanspruch ist.

Alle Daten belegen, dass Sozialmissbrauch als Phänomen quantitativ unbedeutend ist. Deshalb wäre es sinnvoll, diesen Kontrollapparat deutlich zurückzuschrauben und mehr auf das Selbstengagement der Leute zu setzen. Warum sollen sich Langzeiterwerbslose nicht selbst eine sinnvolle Tätigkeit suchen können – so wurde es in Berlin von Erwerbsloseninitiativen vorgeschlagen –, die dann zertifiziert werden, damit sie nicht etwa in Konkurrenz zum Handwerk usw. geraten, und den Stempel „sinnvolle Arbeit an der Gesellschaft und der Demokratie“ erhalten? So etwas muss durch eine existenzsichernde und sozial nicht stigmatisierende Grundsicherung finanziert werden.

Dies hat dann auch Konsequenzen für das in der Tat sehr wichtige Problem der Pensionen und das nicht unbedeutende Problem der Altersarmut. Es gibt Kontroversen über die Quantität dieses Problems. Aber klar ist Folgendes: Man muss aufpassen, dass man im Alter nicht in die Isolationsfalle gerät. Natürlich hängt das auch mit psychischen Einstellungen zusammen. Mein Obermieter hat, nachdem die Lebensgefährtin verstorben ist, ganze Häuserblocks abgeklappert, um ausgerechnet die Person zu finden, mit der er eine neue Beziehung eingehen wollte. Er hat ein enormes Maß an Aktivität entwickelt. Das hat mir auch Respekt abgenötigt. Die Voraussetzung dafür war seine Wandergruppe, um sie kennenzulernen. Auch sein Lebensumfeld und die materiellen Voraussetzungen erlauben es ihm, sich nicht als stigmatisiert zu empfinden oder wahrzunehmen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang.

Zu den sozialen Kontakten und den Jugendlichen in der Leiharbeitsmaßnahme: Das kann man natürlich nicht für alle Gruppen verallgemeinern, das ist ganz klar. Aber daran sehen wir etwas ganz Wichtiges. Das Projekt war bei einer Zeitarbeitsfirma auf Zeit angelegt. Es sollte möglicherweise ein Sprungbrett in den regulären Arbeitsmarkt sein. Erstens war es eine befristete Geschichte, und zweitens wissen wir, dass der Klebeeffekt aus der Leiharbeit heraus laut Daten des IAB bei 8 % liegt. Wir hatten die Zahl in unseren Studien sogar höher veranschlagt. Die Chance, aus dem prekären Sektor, aus der Leiharbeit herauszukommen, ist relativ klein.

Es war eine befristete Maßnahme. Deshalb war es für die Jugendlichen eine Güterabwägung: Riskieren wir unsere Sozialkontakte am Ort, die Cliques usw. und gehen – meinetwegen – nach Baden-Württemberg, obwohl wir gar nicht wissen, ob wir dort Fuß fassen können? Am Ende stehen wir dann da und haben gar nichts mehr, wir verlieren sogar unsere Sozialkontakte.

Das heißt, die Integration in ein soziales Netzwerk ist ein hohes Gut. Das muss man bei den fördernden Maßnahmen tatsächlich berücksichtigen. Es berührt die Zumutbarkeitskriterien usw. Da muss man genauer hinschauen. Martin Kronauer hat es schon

gesagt: Nicht jede Arbeit ist automatisch besser als gar keine. – Man muss immer schauen, was damit jeweils verbunden ist. Natürlich ist eine gewisse Mobilität zumutbar, aber man muss die genauen Lebenssituationen und -konstellationen berücksichtigen.

Zum Stichwort „Homeoffice“: Ich möchte auf die Debatte verweisen – ich weiß gar nicht, ob ich es in der Stellungnahme erwähnt habe –, die in der Textilindustrie und in den Modeunternehmen läuft; ich nenne jetzt kein Unternehmen. Da hat man festgestellt, Homeoffice allein geht unter zwei Gesichtspunkten: Man gibt klare Arbeitsanweisungen, oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind lauter Freelancer, die sowieso von alleine laufen.

Alle stellen fest, dass das, was man eigentlich braucht, also die Entwicklung von innovativen Ideen, zum Beispiel in der angesprochenen Teeküche passiert. Man weiß, dass informell das Interessante gesponnen wird. Es ist ein kollektiver Prozess, den man mit Homeoffice nicht erreichen kann.

Deshalb ist unser Vorschlag, immer auf Mischformen zu setzen, also Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon zuzugestehen, dass sie bestimmte Zeiten im Homeoffice verbringen können – das muss dann entsprechend ausgestattet sein –, aber gleichzeitig auch gemeinsame Meetings, Treffen, Teamsitzungen zu ermöglichen, bei denen man sich Face to Face gegenüber sitzen und in die Augen schauen kann. Das ist auch die Grundvoraussetzung für so etwas wie Arbeitnehmersolidarität. Man muss sich wechselseitig aufeinander verlassen können. Das ist über die Videoschaltungen nicht ohne Weiteres möglich.

Ich würde empfehlen, politisch darauf zu schauen, dass solche Mischformen gefördert und keine sozialen Eremiten produziert werden, zumal Letzteres bedeutet, wenn man keine Vorkehrungen trifft, dass sich tradierte Rollenmuster reproduzieren können, dass eben doch wieder nur die Frauen für die Kinder und für die Sorgearbeit verantwortlich sind und die Männer am PC sitzen und Homeoffice machen. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den man achten muss.

Die Frage nach der Entgrenzung – positiv oder negativ – kann man nicht ohne Weiteres mit Ja oder Nein beantworten. Man kann es beim Homeoffice gerade sehen. Soweit ich die Umfragen kenne, hat die Mehrheit die Auszeit in der Pandemie, den Zwang zum Homeoffice in einer gewissen Weise als bereichernd empfunden, weil es einfach mehr Souveränität bei der Arbeit ermöglicht hat. Man kann die Pause dann einlegen, wenn man sie will und wenn man sie braucht. Man kann sogar mal aufhören zu arbeiten, eine Serie gucken und dann wieder zum Arbeitsplatz zurückkehren. Das alles kann man hinkriegen.

Ich will es so formulieren, weil ich es kurz machen muss: Der entscheidende Gradmesser ist für mich die Zeitsouveränität. Verfügt man über mehr Spielraum, die Erwerbsarbeitszeit zu gestalten, auch die Balance zwischen Erwerbsarbeitszeit und anderen Tätigkeiten zu finden, oder verliert man an Souveränität? Das ist der springende Punkt in meinen Augen. Alles, was Entgrenzung in Richtung mehr Zeitsouveränität – auch mehr individuelle Zeitsouveränität – bedeutet, ist ein ganz wichtiger Faktor, ein ganz wichtiges Kriterium, an dem man messen kann, wo sich Entgrenzung eher zum

Positiven für Einzelne und Kollektive wendet oder wo es genau das Gegenteil bedeutet, nämlich „Balanceimperialismus“.

Claudia Dunschen (unternehmer nrw): Herr Hax-Schoppenhorst, Sie fragten nach der psychosozialen Beratung in Betrieben. Dies habe ich als Beispiel für das Engagement von Unternehmen genannt, wie sie Mitarbeiter in verschiedenen Lebenslagen unterstützen können. Alles, was ich jetzt weiter ausführe, sei auch nur beispielhaft genannt und nicht als gesetzter Rahmen zu verstehen, dass es überall so gehandelt wird.

Das Angebot einer psychosozialen Beratung wird meist von größeren Unternehmen unterbreitet. Sie führen es manchmal mit eigenen Mitarbeitern durch, sei es mit Psychologen oder Pädagogen, also mit entsprechend geschulten Mitarbeitern. Die Anonymität ist natürlich gewährleistet. Mir ist nichts anderes bekannt. Sonst würden sich die Mitarbeiter mit bestimmten Problemstellungen auch sicherlich nicht an diese Personen wenden. – Das zu Ihrem Stichwort der möglichen Zugangsbarriere.

Eine psychosoziale Beratung im Betrieb ist das eine. Viele Betriebe engagieren auch sogenannte Familienserviceagenturen. Das ist dann ein externer Dienstleister, an den sich ein Mitarbeiter in unterschiedlichen Lebenslagen mit sämtlichen Fragestellungen wenden kann. Das findet natürlich anonym statt, sonst würde es sicherlich nicht akzeptiert. Insbesondere dort, wo es Mitbestimmung gibt, würde das auch nicht zugelassen, was ich für völlig legitim halte.

Frau Lück von der SPD-Fraktion hat gefragt, inwieweit auch Menschen mit hohem Bildungsstand von Einsamkeit betroffen sind. Dazu kann ich nur mein Bauchgefühl äußern und sagen: Das wird es sicherlich auch geben. Eine seriöse und adäquate Antwort kann ich Ihnen aufgrund mangelnder Datenlage und vor dem Hintergrund unseres Verbandes aber nicht geben. Sehen Sie es mir bitte nach.

Herr Paul von der FDP-Fraktion hat sich nach virtuellen Angeboten seitens der Unternehmen erkundigt. Eben fiel schon mehrfach das Stichwort „virtuelle Kaffeepause“. Es gibt einige innovative digitale Formate, die versuchen, den informellen Teil abzudecken, der sonst im Vorfeld von Besprechungen auf dem Flur, auf dem Weg zum Sitzungsraum stattfindet. Da gibt es unterschiedliche technische Lösungen.

Neben der technischen Lösung geht es allerdings auch um den Umgang. Es gibt viele Aktivitäten von Unternehmen verschiedener Größenordnung. Sie schulen ihre Führungskräfte: Wie gehe ich damit um, wenn viele meiner Mitarbeiter, wie momentan in der Pandemie, im Homeoffice sind oder mobil arbeiten? Wie kriege ich es hin, sie dennoch ans Team anzubinden, an Teamergebnissen zu beteiligen, sie zu involvieren? Gleiche Angebote gibt es natürlich auch für die Mitarbeiter: Wie können sie sich einbringen? Wie verpassen sie nicht den Anschluss ans Team? Im Moment gibt es eben eine räumliche Distanz.

An der Stelle möchte ich noch einen weiteren Aspekt einbringen. Es gibt bestimmte Beschäftigungsverhältnisse oder Tätigkeitsformen, bei denen dies Teil der Arbeit ist. Mitarbeiter im Außendienst sind im Fahrzeug unterwegs und arbeiten mobil. Da ist die Situation jobbedingt so. Es gilt, die Kommunikation zwischen Mitarbeitern und Führungskräften so aufrechtzuerhalten, dass nichts verloren geht. Ich möchte auch darauf

hinweisen, wie schon in meinem Eingangsstatement, dass immer beide Seiten gefragt sind, nicht den Anschluss zu verlieren.

Frau Oellers von der CDU-Fraktion hat sich auf Angebote von Unternehmen bezogen, wie Betriebssportgruppen, musische Zusammenkünfte und andere Dinge. Diese Beispiele wurden eben dafür genannt, was Unternehmen machen, um Personen zusammenzubringen, um dadurch möglicherweise Einsamkeit zu vermeiden. Ich muss sagen, das ist die Kür. Ich sehe es nicht als Pflicht der Unternehmen an, solche Angebote zu offerieren. Eine seriöse Einschätzung kann ich nicht abgeben. Sie nehmen wahr, dass das auf dem Rückzug ist. Ob es Sparmaßnahmen sind oder einfach dem Interesse an der Teilnahme geschuldet ist, kann ich nicht einschätzen. Ich glaube, die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen.

Sie haben sich auch noch auf den Aspekt der Alleinerziehenden bezogen und nachgefragt, ob das, was Sie mit dem KiBiz in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben, nicht ausreicht, um Alleinerziehende zu unterstützen. Erst einmal begrüßen wir grundsätzlich, dass Sie den Flexibilisierungsparagrafen ins KiBiz aufgenommen haben. Aber um Ihre Frage ganz klar zu beantworten: Nach unserer Einschätzung reicht das definitiv nicht aus, um Alleinerziehende adäquat zu unterstützen, um ihnen Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

In der Randzeitenbetreuung liegt ein Anreiz, der aber unserer Meinung nach zu schwach ist. Wir sind äußerst gespannt, wie er am Ende des Tages auf der örtlichen Ebene umgesetzt wird.

Auch was die Schließzeiten betrifft: Sie reduzieren die Schließzeiten der Kitas um wenige Tage im Jahr. Ganz ehrlich und mit Verlaub: Das ist bei Weitem nicht ausreichend. – Aber wir sind nicht hier, um über das KiBiz zu sprechen. Das nur als Randbemerkung dazu.

Prof. Dr. Martin Kronauer (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Sie haben die Einsamkeit unter Angehörigen der höheren Klassen angesprochen. Ich kann zunächst auf den Kollegen Promberger verweisen, der zu Recht ausgeführt hat, dass die Einsamkeitsfrage und die Frage der Arbeitsmarktposition nicht deckungsgleich sind. Wir sind natürlich durch die ...

(Störung des Streams)

... ein bisschen in die ...

(Störung des Streams)

... gedrängt worden, dem Zusammenhang nachzugehen. Das finde ich auch wichtig und gut, weil das selten genug geschieht. Aber das ist eben ein Aspekt der Einsamkeitsfrage, der nicht alles abdeckt.

Zur Einsamkeit bei ...

(Störung des Streams)

... gerade infolge von hohen Arbeitsbelastungen bei den beruflich Etablierten und den höheren ...

(Störung des Streams)

... usw.: Was empirisch dazu vorliegt, spricht zumindest dagegen, dass sich Sozialkontakte auf diese Weise verringern würden. Im Gegenteil! Eine Einsamkeit, die auf Sozialkontakte bezogen wäre, gilt sicherlich nicht für diese Kreise. Die sind nicht verringert und verkleinert.

Interessanterweise gibt es Veränderungen der Sozialkontakte verbunden mit Einsamkeitsgefühlen, wenn soziale Aufstiege oder soziale Abstiege passieren, wenn die ursprünglichen Wirkungs-, Beziehungskreise verlassen werden, also eine Statusänderung eintritt. Das ist in jedem Fall erkennbar bei anhaltender Arbeitslosigkeit, anhaltender Armut. Es trifft interessanterweise auch auf Aufsteiger zu, die von ihrer ursprünglichen Herkunftsgruppe wegen ihres sozialen Aufstiegs gewissermaßen misstrauisch angesehen werden, die sich aber auch in der Gruppe, in der sie sich etablieren wollen, nicht unbedingt gleich aufgenommen fühlen. In diesen Übergangssituationen macht sich das Einsamkeitsgefühl bemerkbar.

Insgesamt ein sehr wichtiger Punkt, der bis jetzt ein bisschen zu wenig zur Sprache gekommen ist – Markus Promberger hat es angedeutet –: Einsamkeitsgefühle haben sehr viel damit zu tun, ob und in welchem Maße man auf die eigenen Lebensumstände einwirken kann. Die sehr wichtige und schöne Studie des Soziologen Lepenies über Melancholie zeigt, dass Melancholie und Einsamkeit gerade dann vertreten sind und zunehmen, wenn man die Lebensumstände, unter denen man leidet, nicht beeinflussen kann. Er hat das übrigens auch für den absteigenden Adel des 19. Jahrhunderts festgestellt, also in dem Fall für die höheren Klassen. Das ist besonders vertreten bei Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Die Unfähigkeit, die eigenen Verhältnisse zu verändern, ist ein Anstoß dafür, sich isoliert, nutzlos zu fühlen. Man kann die eigenen Lebensumstände nicht kontrollieren. Das verbindet die Einsamkeitsfrage mit der Prekaritätsfrage.

Zum öffentlichen Dienst: Das Problem ist, dass die Kommunen und die Länder seit den 90er-Jahren mit Privatisierungen, Teilprivatisierungen ein wichtiges Mittel geschwächt haben, um selbstgestaltend unmittelbar Einfluss auf Arbeitsverhältnisse zu nehmen. Der öffentliche Dienst war immer ein Gegengewicht zur Prekarität in privaten Unternehmen, weil er einfach eine Alternative geboten hat.

Die Frage stellt sich auch beim Jobwechsel. Ist Jobwechsel eine Alternative? Ja, aber die Beschäftigungsverhältnisse müssen da sein. Es ist kein gutes Zeichen, dass im öffentlichen Dienst inzwischen sogar mehr befristete Beschäftigung Einstiegsvoraussetzung ist als im privaten Sektor. Das heißt, auch im öffentlichen Dienst hat die Prekarisierung zugenommen. Es liegt direkt in der politischen Verantwortung, dem durch eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes, durch eine Gegensteuerung der Rekommunalisierung von Infrastruktur usw. entgegenzuwirken und damit auch wieder Möglichkeiten für angelernte Arbeitskräfte zu schaffen.

Ein letzter Aspekt zu den Ausführungen von Klaus Dörre zur sozialen Absicherung: Ich habe in meiner Stellungnahme auf die Idee einer Arbeitsversicherung von Günther Schmid hingewiesen. Da geht es um genau dieselbe Frage: Wie kann man durch eine zusätzliche Säule der Sozialversicherung – Rechte aus einem Weiterbildungsfonds –

Wechsel zwischen Tätigkeiten finanzieren, absichern und damit die individuellen Entscheidungsmöglichkeiten für Weiterqualifizierung, für Sorgearbeit oder einfach für eine Auszeit zur Regenerierung, um Kräfte zu sammeln, verstärken? Das geht in die gleiche Richtung. Wir sprechen von Flexibilität unter der Voraussetzung, dass damit gleichzeitig die Selbstbestimmung der Beschäftigten gestärkt wird. Dazu bedarf es sozialer Absicherung.

Prof. Dr. Markus Promberger (IAB der Bundesagentur für Arbeit): Vieles ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt worden. Ich möchte trotzdem noch zu drei Punkten etwas sagen.

Zum Thema „Einsamkeit bei Bessergestellten“: Wir können das ganz gut am Beispiel der Depression verdeutlichen. Das ist eine Erkrankung, die Sie in allen sozialen Schichten finden. Sie führt häufig zu Einsamkeitsempfindungen, obwohl die Leute objektiv gar nicht einsam sind, also viele Sozialbeziehungen haben, mit denen sie aber nicht zufrieden sind, bei denen sich vielleicht keine sinnvollen oder zu wenige sinnvolle Interaktionen ergeben. Das hängt einfach mit der Erkrankung zusammen. Depression ist eine Volkskrankheit, die auch in die hohen Schichten hineinragt.

Das heißt auf der anderen Seite nicht, dass die Lebensumstände, die wir am unteren Rand der Gesellschaft finden, nicht auch starke Einsamkeitsrisiken mit sich bringen, die sich dann unterschiedlich manifestieren, wie bereits diskutiert.

Damit im Zusammenhang steht die Frage: Was lässt sich bei Solo-Selbstständigen und Freiberuflern tun, um Einsamkeit zu vermeiden? Wir gehen ja davon aus, dass sie den zweiten sozialen Nahzusammenhang, Nahbereich nicht haben. Auch hier müssen wir unterscheiden. Freiberufler mit hoher Bildung organisieren sich selbst oder bekommen öfter so etwas wie Gründerzentren, Shared Offices, Shared Spaces organisiert. Das alles funktioniert ganz gut, streut unter Umständen sogar Risiken, die mit dem Anmieten eigener Geschäftsräume verbunden sind, und man hat dazu noch ein bisschen Gesellschaft oder Erfahrungsaustausch.

Es gibt aber auch viele andere Solo-Selbstständige in Deutschland, zum Beispiel Zigtausende Auslieferungsfahrer. Die sehen den ganzen Tag nur jemanden beim Einladen und vielleicht die Leute an der Tür, denen sie das Päckchen in die Hand drücken. Hier haben wir ein Organisationsproblem, das mit der räumlichen Streuung der Tätigkeit verbunden ist.

In England habe ich beobachtet, dass solche Berufe relativ schnell oder immer wieder – vielleicht nicht die Auslieferungsfahrer, aber andere – dazu tendieren, Gilden oder kleine Organisationen zum Erfahrungsaustausch zu bilden. Hier wäre möglicherweise die klassische Arbeiterbewegung gefordert, sich auch für Solo-Selbstständige, die in arbeitnehmerähnlichen Positionen sind, ein bisschen zu öffnen und ihnen Organisation, Erfahrungsaustausch, vielleicht so etwas wie Gemeinschaftsbildung zu geben. So etwas könnte man mit Landesprogrammen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern durchaus organisieren.

Wir müssen an dem Punkt allerdings ganz stark auf Eigeninitiative setzen, die wir dann auffangen und politisch unterstützen könnten, ob durch Verbände, Kommunen oder

Landesregierungen. Ohne Eigeninitiative geht hier nichts. Wer seine Einsamkeit nicht überwinden möchte, der wird es auch nicht schaffen.

Noch eine kleine Randnotiz zum Thema „Mobilität und Einsamkeit“: Ich glaube, wenn sich Menschen im Harz-IV-Bezug dazu entscheiden, einem Jobangebot in einer anderen Stadt nicht zu folgen, dann ist nicht unbedingt die Vermeidung von Einsamkeit im Hintergrund, sondern ein ganz rationales Kalkül. Nehmen wir einmal an, ich müsste wegen eines Dreimonatsarbeitsvertrags umziehen. Dann gebe ich meine Wohnung auf, meinen Wohnort, unterbreche meine sozialen Bezüge am Wohnort, die ich aber brauche, wenn ich im Leistungsbezug bin. Im Leistungsbezug lässt es sich einigermaßen leben mit entwickelten sozialen Netzwerken, die wissen: Wo ist welche Tafel? Wo bekomme ich welche Sonderangebote? Wer passt auf meine Kinder auf, wenn ich mich bei einem Job vorstelle? Diese Netzwerke brechen bei einem Umzug alle weg.

Es gibt sozusagen eine mikroökonomische Rationalität des Haushalts, sich gegen bestimmte Typen von Mobilität zu sperren, einfach weil man befürchtet, dann die notwendigen Unterstützungsbeziehungen zu verlieren. Über Einsamkeit wird an dem Punkt vielleicht nur insofern nachgedacht, ob sich der Freund, die Freundin, der Partner, die Partnerin oder die Familie mitbewegt oder nicht. Die mikroökonomischen Gründe des Überlebens mit Niedriglohn oder Leistungsbezug sind dafür entscheidend.

Herr Vorsitzender, Sie hatten am Schluss eine Frage gestellt, wie es mit der Gesundheitsprävention oder dem gesamten Gesundheitsverhalten aussieht. Diese Frage habe ich akustisch nicht ganz mitbekommen. Wenn sie nach dieser Antwortrunde noch offen ist, bitte ich darum, sie noch einmal zu formulieren.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Ich formuliere die Frage gerne noch einmal neu. Es ging insbesondere darum, dass Arbeitslosigkeit und gefährliches, riskantes Gesundheitsverhalten eine gewisse Assoziation miteinander aufweisen. Inwieweit gibt es wissenschaftliche Arbeiten bzw. Ideen dazu – Sie haben es in Teilen schon ausgeführt –, das voneinander zu trennen bzw. Präventionskonzepte direkt an die Arbeitslosigkeit zu binden?

Prof. Dr. Markus Promberger (IAB der Bundesagentur für Arbeit): Studien zu Arbeitslosigkeit und riskantem Gesundheitsverhalten sind mir in dem Umfang nicht bekannt. Gut untersucht ist hingegen die Gesundheitsentwicklung im Lebensverlauf im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit generell. Riskantes Gesundheitsverhalten ist dabei – zumindest aus meiner Sicht – nur selten ein Thema der Arbeits- oder Sozialmedizin. An dem Punkt muss ich leider passen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich bedanke mich für Ihre Antworten. – Wir kommen zu weiteren Fragen der Abgeordneten.

Angela Lück (SPD): Es ist immer von Einsamkeit und Arbeitslosigkeit die Rede. Wie kann man denn besser herausfinden oder Arbeitgeber auch dafür sensibilisieren, wie

nötig Sozialkontakte in der Arbeitswelt sind, gerade jetzt bei den vielen digitalen Arbeitsplätzen und Homeoffice? Wie kann man diese Situation berücksichtigen?

Mit welchen Strategien können Betriebe oder auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffenen Kolleginnen und Kollegen begegnen, wenn sie dort Einsamkeit wahrnehmen? Ich denke, es gibt durchaus Betriebe, in denen so etwas wahrgenommen wird.

Frau Dunschen, Sie haben im Gegensatz zu den anderen Experten heute ausgeführt – und auch in Ihrer Stellungnahme gehen Sie darauf ein –, dass flexible Beschäftigungsformen eine gute Brücke in den Arbeitsmarkt seien, die auf keinen Fall weiter reguliert werden sollten. Wie bewerten Sie die Einschätzung der anderen Sachverständigen hierzu, die davon sprechen, dass da durchaus Schwierigkeiten bestehen? Wir haben gehört, dass der Wechsel aus Zeitarbeit, Befristung oder prekärer Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt von der Wichtigkeit der Zeitarbeit her zu vernachlässigen ist. Daraus ergeben sich dann wieder prekäre Lebensformen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Weitere Fragen sehe ich nicht. – Dann bitte ich um die Antworten der Sachverständigen.

Claudia Dunschen (unternehmer nrw): Frau Lück, Sie haben die flexiblen Beschäftigungsformen als Brücke in den Arbeitsmarkt angesprochen. Mit der Einschätzung der anderen Sachverständigen würde ich mich noch einmal explizit auseinandersetzen wollen, da ich durch die Videoübertragung nicht alle Aspekte akustisch verstanden habe. Es wäre unprofessionell, jetzt aus der Lamäng heraus daraus etwas zu schließen.

Uns liegen Daten vor, die klar zeigen, dass insbesondere geringqualifizierte oder langzeitarbeitslose Personen durch die Nutzung der Zeitarbeit erst einmal Fuß fassen und sich somit aus vorherigen Phasen der Nichterwerbstätigkeit lösen konnten. Vor dem Hintergrund ist es uns wirklich ein Anliegen, diese Möglichkeit auch weiterhin bestehen zu lassen.

Beispielsweise für Menschen mit Migrationshintergrund ist die Zeitarbeit ein gutes Instrument gewesen, um sie überhaupt in den Arbeitsmarkt hineinzuführen und ihnen Dinge zu zeigen. Bei dieser Zielgruppe hat es sich insbesondere bewahrheitet. Aus diesem Grund plädieren wir ganz klar dafür, hier keine regulatorischen Eingriffe vorzunehmen.

Prof. Dr. Martin Kronauer (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Auf die Frage, wie Kolleginnen und Kollegen auf Einsamkeitsanzeichen reagieren, kann ich keine Antwort geben. Es hängt von den Personen und von den Umständen ab und natürlich auch von der Frage, inwiefern es Möglichkeiten gibt, innerhalb der Arbeitsverhältnisse selbst dafür zu sorgen, dass die Bedingungen der Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Das kann immer nur eine gemeinsame Anstrengung sein.

Zur Leiharbeit: Leiharbeit ist in Deutschland anders geregelt als in anderen Ländern. Die Flexibilität, der Leiharbeiter zweifellos besonders verpflichtet sind, wird in anderen

Ländern zum Beispiel bei der Bezahlung honoriert, etwa in den Niederlanden oder in Frankreich. Die Flexibilität, die gerade diese Beschäftigten zeigen, bleibt in Deutschland in besonderer Weise mit Arbeitsplatzrisiken verbunden. Umgekehrt wäre es richtig, nämlich gerade diese Bereitschaft zur Flexibilität zu stärken, wie es in anderen Ländern auch praktiziert wird.

Prof. Dr. Markus Promberger (IAB der Bundesagentur für Arbeit): Was kann man im Betrieb tun, um schwierige oder sich verstärkende Einsamkeitsprozesse zu bekämpfen bzw. ihnen zu begegnen?

Der erste Punkt ist das Verständnis, dass der Betrieb nicht nur eine Produktionsgemeinschaft ist, sondern auch eine Sozialgemeinschaft. Dieses Verständnis gibt es in vielen Unternehmen. Dort gibt es dann auch das Verständnis, dass man zum Beispiel Vorgesetzte darin schult, soziale Probleme ihrer Kolleginnen und Kollegen, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erkennen und dann auch mit ihnen darüber zu sprechen.

Der zweite Punkt ist, anerkennende und wertschätzende Gespräche zu führen.

Der dritte Punkt ist, sich einfach für den anderen – für den Arbeitspartner, für den Kollegen, den Mitarbeiter, die Mitarbeiterin – als Mensch zu interessieren. Dabei sind natürlich bestimmte Grenzen und Schwellen zu beachten. Aber der Vorgesetzte kann schauen, dass sich die Leute tatsächlich zu einer Kaffeepause, einem gemeinsamen Mittagessen sehen können oder zu einer virtuellen Kaffeepause, obwohl ich persönlich das nicht ganz so toll finde.

Als Vorgesetzter, als Betriebs- und Personalrat, aber auch als Kollege oder Kollegin sollte man auf ein vernünftiges soziales Miteinander achten, sollte man den anderen nicht nur in seiner Funktion, sondern auch als Menschen sehen. Es gibt viele Schulungsangebote in Großbetrieben, die genau das zum Ziel haben. Das geht von der Alkoholprävention bis hin zum Erkennen von Gesundheits- oder Burn-out-Risiken. Viele Betriebe sind auf einem guten Weg.

Wenn man vonseiten der Gewerkschaften und Unternehmerverbände noch ein bisschen stärker unterstützen könnte – vielleicht auch vonseiten der Landesregierung –, den Betrieb als soziales Miteinander zu verstehen, dann sehe ich keine Probleme, das auch umzusetzen.

Das Thema „Leiharbeit“ ist spannend, es würde fast eine eigene Anhörung oder Diskussion verdienen. Den direkten Übergang vom Einsatz in einem Betrieb zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Betrieb – das ist die Zahl, die der Kollege Dörre vorhin genannt hat – schaffen je nach Jahr und Konjunktursituation zwischen 8 und 12 %. Das ist also nicht besonders viel.

Viele Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter suchen allerdings stark in Eigeninitiative weiter. Sie möchten raus aus der Leiharbeit in einen oft besser bezahlten Job, sei es im Einsatzbetrieb selbst, sei es in einem anderen Betrieb. Dafür sind sie natürlich besser qualifiziert, wenn sie aus einer Leiharbeitsfirma kommen, als wenn sie vorher arbeitslos sind. Diese Übergänge finden allerdings nicht so häufig statt, wie manchmal

kolportiert wird. Sie schwanken von Jahr zu Jahr und je nach Konjunkturzyklus. Der Anteil liegt pro Jahr zwischen 20 und 30 %.

Auf der einen Seite können wir also sagen, dass im Jahr 20 bis 30 % der Leiharbeitsbeschäftigten aus dieser Tätigkeit heraus der Übergang in einen anderen Betrieb gelingt. Die Zahlen müsste man einzeln wieder neu ausrechnen, aber das ist ungefähr das Ergebnis.

Auf der anderen Seite geht ein etwa gleich großer Anteil von Leiharbeitern aus dem Sektor der Leiharbeit in die Arbeitslosigkeit über, weil es beim Verleiher keine Arbeit mehr für sie gibt oder weil sich die Konjunktur abschwächt. Das muss man so bilanzieren.

Wichtig ist: Leiharbeit ist für viele Beschäftigte ein Risiko und eine Chance. Das Risiko ist, erneut arbeitslos zu werden oder zu prekären Bedingungen zu arbeiten. Die Chance ist, sich von einem besseren Ausgangspunkt aus weiter zu verbessern, als es in der Arbeitslosigkeit möglich ist. Das ist mein vorläufiges Fazit einer noch intensiver zu führenden, aber teilweise schon geführten Diskussion.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Dann bleibt mir nur noch, mich im Namen der Enquetekommission bei den Sachverständigen dafür zu bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen und sich hier unseren Fragen gestellt haben.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung. Ich unterbreche die Sitzung kurz, um die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Kurze Unterbrechung – Es folgt ein nichtöffentlicher Sitzungsteil;
siehe nÖEKPr 17/87.)

gez. Dr. Martin Vincentz
Vorsitzender

Anlage

23.11.2020/23.11.2020

5

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission II
"Einsamkeit im Kontext von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik"

Mittwoch, dem 4. November 2020
10.30 bis 12.30 Uhr, Plenarsaal

Tableau

Rückmeldung bis 13.10.2020
Stellungnahme bis 23.11.2020

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Frau Claudia Dunschen Landesvereinigung der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalen e. V. Düsseldorf	Claudia Dunschen	17/3233
Herr Professor Dr. Martin Kronauer Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Berlin	Professor Dr. Martin Kronauer (Videozuschaltung)	17/3232
Herr Professor Dr. Markus Promberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) Nürnberg	Professor Dr. Markus Promberger (Videozuschaltung)	17/3201
Herr Professor Dr. Klaus Dörre Friedrich-Schiller-Universität Jena Jena	Professor Dr. Klaus Dörre (Videozuschaltung)	17/3231

ABSAGEN VON EINGELADENEN EXPERTEN

Frau Theresa Eyerund Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln e.V. Köln	----
Herr Torsten Withake Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen Nürnberg	17/3200
Herr Michael Hermund Deutscher Gewerkschaftsbund Düsseldorf	----

Schriftliche Anhörung von Sachverständige
Enquetekommission IV
„Armut und Einsamkeit“

Mittwoch, dem 4. November 2020
Plenarsaal

Tableau

Stellungnahme bis 28.10.2020

eingeladen	Stellungnahme
Frau Carina Raddatz Obstkäppchen e. V. Hennef (Sieg)	17/3235
Frau Antonia Frey Diakonie Düsseldorf Düsseldorf	17/3153
Tafel Nordrhein-Westfalen e. V. Landesverband der Tafeln in NRW Neuss	17/3152
Herr Dr. Jan Eckhard Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Heidelberg	17/3248
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Köln	17/3169
Zentrale – Zentrum für alleinerziehende Eltern Köln	17/3174
Freie Wohlfahrtspflege NRW Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. 50676 Köln	17/3173

